

Antrag

der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Abbiegeunfälle verhindern – Radfahrer und Fußgänger besser schützen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Schutz aller Verkehrsteilnehmer vor Unfällen ist vorrangiges Ziel deutscher Verkehrspolitik. Hierzu sind alle, nach dem Stand der Technik umsetzbaren Maßnahmen zu ergreifen, um Unfälle zu verhindern. Der Schutz von Fußgängern und Radfahrern vor abbiegenden Lkw stellt dabei einen der Schwerpunkte dar.

Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) hat in den vergangenen Jahren bereits verschiedene Maßnahmen initiiert, um einen besseren Schutz von Verkehrsteilnehmern zu gewährleisten. Hierzu gehören u. a. die Vorschläge der Wirtschaftskommission für Europa der Vereinten Nationen (UNECE), blinkende Seitenmarkierungsleuchten bei abbiegenden Lkw einzuführen sowie Kamera-Monitor-Systeme an Stelle von Spiegeln zu ermöglichen.

Darüber hinaus hat das BMVI einen Vorschlag zur Anpassung der UN-Regelung Nr. 131 vorgestellt, der die Abschaltbarkeit von Notbremsassistenzsystemen ab einer Geschwindigkeit von 30 km/h nicht mehr zulassen soll. Des Weiteren sollen sich Notbremsassistenzsysteme, die bei niedrigen Geschwindigkeiten deaktiviert wurden, bei Erreichen einer Geschwindigkeit von 30 km/h automatisch wieder aktivieren.

II. Der Deutsche Bundestag begrüßt die Bemühungen der Bundesregierung,

1. sich gegenüber der EU-Kommission und der UNECE noch intensiver als bisher dafür einzusetzen, dass in den Typpengenehmigungsvorschriften schnellstmöglich sicherheitswirksame technische Einrichtungen (Abbiegeassistenzsysteme) nach dem Stand der Technik bei Nutzfahrzeugen ab 3,5 t zulässigem Gesamtgewicht verpflichtend vorgeschrieben werden, die Radfahrer oder Fußgänger im direkten Umfeld eines Nutzfahrzeugs erkennen und den Fahrzeugführer akustisch, optisch, taktil oder in sonstiger Weise warnen und bei Bedarf eine Notfallbremsung einleiten, sobald diese technisch ausentwickelt ist;
2. sich bei der EU-Kommission und der UNECE dafür einzusetzen, dass für alle im Verkehr befindlichen Nutzfahrzeuge ab 3,5 t zulässigem Gesamtgewicht eine Nachrüstpflicht für Abbiegeassistenzsysteme vorgeschrieben wird.

- III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
1. nationale Regelungen für eine schnelle Einführung von Lkw-Abbiegeassistenzsystemen zu prüfen und umzusetzen, wenn eine europäische Lösung nicht zeitnah vereinbart werden kann;
 2. Investitionen in Abbiegeassistenzsysteme für Nutzfahrzeuge im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel verstärkt zu fördern, um die Marktdurchdringung der Systeme zu verbessern und damit die Verkehrssicherheit insbesondere in urbanen Räumen zu erhöhen und dabei
 - a. für mautpflichtige Nutzfahrzeuge, bis zur verpflichtenden Einführung, auf das De-minimis-Programm zurückzugreifen,
 - b. die Förderung der Umrüstung nichtmautpflichtiger Nutzfahrzeuge zu prüfen;
 3. Anreize für die Weiterentwicklung von Abbiegeassistenzsystemen zu setzen.

Berlin, den 26. Juni 2018

Volker Kauder, Alexander Dobrindt und Fraktion

Andrea Nahles und Fraktion

Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion

Begründung

CDU, CSU und SPD haben sich in ihrem Koalitionsvertrag der „Vision Zero“, also der Senkung der Zahl der Verkehrstoten auf null, verpflichtet. Das aktuelle „Verkehrssicherheitsprogramm 2011-2020“ beschreibt hierzu verschiedene Maßnahmen, um dieses Ziel zu erreichen. Ein wichtiger Baustein ist dabei das „Aktionsfeld Fahrzeugtechnik“. Es legt einen Schwerpunkt auf die technischen Potenziale, die in diesem Bereich vorhanden sind, um Gefahren für Verkehrsteilnehmer abzuwenden. Dazu gehören insbesondere Lkw-Abbiegeassistenten. Der Abbiegeassistent soll beim Abbiegen des Lkw eine Kollision mit Fußgängern oder Radfahrern verhindern. Hierzu überwacht das System mittels Sensoren die Bereiche vor und neben dem Lkw und warnt den Lkw-Fahrer, wenn beim Anfahren oder während des Abbiegevorgangs sich ein Fußgänger oder ein Radfahrer dem Lkw nähert und die Gefahr einer Kollision besteht. Nach Angaben der Unfallforschung der Versicherer (UDV) könnten in Deutschland durch elektronische Abbiegeassistenten 60 Prozent der Unfälle mit getöteten oder schwer verletzten Radfahrern verhindert werden.

Die Fraktionen von CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten für eine schnelle Lösung des Problems des „toten Winkels“ bei Lkw ein. Die Umsetzung dieses Vorhabens erfordert nicht nur Maßnahmen auf nationaler Ebene. Ausländische Lkw gewinnen in Deutschland immer weiter Marktanteile. Der Anteil gebietsfremder Fahrzeuge ab 7,5 t liegt laut der Mautstatistik des Bundesamtes für Güterverkehr (BAG) bei etwas über 40 Prozent. Daraus ergibt sich das dringende Erfordernis einer sofortigen europaweiten Regelung.